Ressort: Politik

Magazin: Fünf mögliche Standorte für Atommüll-Endlager

Berlin, 07.04.2013, 08:47 Uhr

GDN - Bei der Suche nach einem Endlager für hochradioaktiven Müll aus deutschen Atomkraftwerken sollen fünf Standorte näher geprüft werden. Das geht laut dem Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" aus dem Entwurf des Endlagersuchgesetzes hervor, das Umweltminister Peter Altmaier (CDU) am Dienstag mit den Ministerpräsidenten beschließen will.

Für die Prüfung werden je Standort etwa hundert Millionen Euro kalkuliert. Zwei Möglichkeiten könnten dann mit Erkundungsbergwerken näher untersucht werden – zu je einer halben Milliarde Euro. Das Auswahlverfahren soll 2031 abgeschlossen sein. Für die Beteiligung der Öffentlichkeit an dem Verfahren und die Arbeit einer neuzuschaffenden Behörde veranschlagt das Ministerium insgesamt 300 Millionen Euro. Alles in allem wird die neuerliche Suche nach einem Endlager über zwei Milliarden Euro betragen. Für den bislang als Endlager geplanten Salzstock von Gorleben wurden bereits 1,6 Milliarden Euro ausgegeben. Zahlen sollen das alles laut Gesetzentwurf die "Abfallablieferungspflichtigen", also die AKW-Betreiber. Von denen kommt aber Widerstand. "Solange es keine Gründe gibt, die gegen Gorleben sprechen, muss die Politik auch die Kosten für eine neue Suche übernehmen", heißt es aus Betreiberkreisen. Auch erwäge man, Schadensersatz für die eineinhalb Milliarden Euro zu verlangen, die Gorleben die Industrie bislang gekostet hat. Das von Altmaier geplante Gesetz soll zugleich unterbinden, dass weitere zwei Dutzend Castoren mit hochradioaktivem Material aus der Wiederaufbereitung im britischen Sellafield und im französischen La Hague in Gorleben aufbewahrt werden. Die Landesregierung Schleswig-Holsteins hat für Castoren aus Sellafield das Lager am Kernkraftwerk Brunsbüttel angeboten. Für die Behälter aus Frankreich kämen möglicherweise Zwischenlager beim baden-württembergischen AKW Philippsburg und dem Meiler im hessischen Biblis in Frage. "Wir sind da gesprächsbereit", sagte der Sprecher der grün-roten Landesregierung in Stuttgart, "wir hoffen aber auch, dass dies ebenfalls für die hessische Landesregierung gilt."

Bericht online:

https://www.germandailynews.com/bericht-11393/magazin-fuenf-moegliche-standorte-fuer-atommuell-endlager.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD 483 Green Lanes UK, London N13NV 4BS contact (at) unitedpressagency.com Official Federal Reg. No. 7442619